

Antrag an den 23. Parteitag der DKP
Antragsteller: Parteivorstand der DKP

- 1 **Forderungen der Deutschen Kommunistischen Partei für Ostdeutschland – gegen**
2 **Krieg, Armut und Demütigung**
3
4 Ostdeutschland – diese Bezeichnung findet sich in keiner Karte und ist kein offizieller Be-
5 griff. Dennoch wird sie umgangssprachlich, auch in der Sprache der Politik und in den Me-
6 dien für die Bundesländer auf dem Gebiet der DDR genutzt, die seit dem 3. Oktober 1990
7 mit dem Anschluss der DDR an die BRD das heutige kapitalistische Deutschland ausma-
8 chen. Nach dem Versprechen der „blühenden Landschaften“ war das erste Jahrzehnt der
9 neuen Bundesländer geprägt von einem Rollback und der Delegitimierung von allem, was
10 möglicherweise mit der DDR zu tun gehabt haben könnte. Egal, ob es einfach nur das
11 Recycling-System der Wiederverwertung von Sekundärrohstoffen war, das weltweit vorbild-
12 liche Schulsystem, die flächendeckende Versorgung in der Kinderbetreuung oder das für die
13 Bevölkerung kostenlos nutzbare Gesundheitssystem mit Polikliniken und Forschungsein-
14 richtungen. Die Konterrevolution vernichtete alle sozialistischen Errungenschaften.
15
16 Auf Biegen und Brechen wurde Allem das kapitalistische Wirtschaftssystem übergestülpt.
17 Gesellschaftliche Eliten aus staatlichen Einrichtungen, Wissenschaft und Forschung wur-
18 den ausgetauscht und verfolgt. Westdeutsche Monopole konnten via Treuhandgesellschaft
19 mögliche Konkurrenz aufkaufen und ausschalten. Es folgte eine Deindustrialisierung einer
20 ganzen Region – einmalig in der Geschichte Deutschlands. Gezahlt haben es die Werkta-
21 tigen selbst in Ost- und West durch entsprechende Steuern. Millionen Werktätige verloren
22 ihre Existenz. Hauptverliererinnen waren die Frauen der DDR. Sie wurden als erste aus dem
23 Arbeitsprozess gedrängt und verloren ihre Eigenständigkeit. Auf einen Schlag gehörten Fa-
24 milie und Beruf nicht mehr zusammen, waren Lohn- und Chancengleichheit abgeschafft.
25
26 Die nächsten zwei Jahrzehnte zementierten diese Zustände fast umfassend. Gleichzeitig
27 wurde mit der so genannten „Agenda 2010“ mit Hilfe der „Hartz-Reformen“ der gesamte Ar-
28 beitsmarkt in Deutschland dereguliert, wurden Werktätige in Armut geschoben und prekäre
29 Arbeitsverhältnisse insgesamt etabliert. Der verlorene Streik der IG Metall zur Einführung der
30 35 Stundenwoche führte zu einer Schwächung der Gewerkschaften. Von der Abwicklung
31 der DDR in Verbindung mit diesem größten Sozialraub seit Kriegsende hat sich der Osten
32 Deutschlands bis heute nicht erholt. Der „Aufbau Ost“ war ein großes Geschäft und ist
33 gleichzeitig eine große Lüge.
34
35 Die Unsicherheit der Lebensverhältnisse hat zugenommen. Die Regierung hält an ihrer Poli-
36 tik der Stärkung der Starken und Schwächung der Schwachen fest, wie es dem neoliberalen
37 Denken entspricht. Hinzu kam eine Kampagne der Herrschenden zur Delegitimierung aller
38 gesellschaftspolitischen Strukturen oder Errungenschaften der Deutschen Demokratischen
39 Republik. Nichts durfte in einem positiven Licht erscheinen.
40
41 Die Wahlen der letzten Jahre machten deutlich, dass der Unterschied zwischen Ost und
42 West, weil er dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital entspringt, wohl tiefgehender
43 und langwieriger ist, sich sogar noch verfestigt hat. Umfragen machen deutlich, dass die
44 Entwicklung der letzten Jahrzehnte die Bindung sehr vieler Menschen in Ostdeutschland zu
45 ihrer Vergangenheit nicht gebrochen hat und die Entwicklungen als Unrecht wahrgenommen
46 werden. Die etablierten Parteien, einschließlich der Partei Die Linke, die einst als Protestpar-
47 tei galt, haben an Glaubwürdigkeit verloren.
48
49 30 Jahre nach dem Anschluss der Deutschen Demokratischen Republik an die BRD ist
50 nüchtern zu bilanzieren:
51
52 • Die Bevölkerung in den ostdeutschen Ländern muss heute erleben, wie US-Truppen-
53 transporte in Richtung russische Grenze verlegt werden. Was vor 30 Jahren undenkbar
54 war, ist plötzlich eine ernsthafte Gefahr: ein Krieg gegen Russland.

- 55 • Infolge der entschädigungslosen (!) Enteignung vom Volkseigentum der DDR-Bevölke-
56 rung und der damit einhergehenden Zerschlagung der Industrie und der Landwirtschaft
57 durch die Treuhand ist Ostdeutschland in weiten Teilen zu einer staatlich organisierten
58 Armutszone geworden. Bis heute bestehen deutliche Unterschiede in den Löhnen der
59 Werktätigen und in den Renten der Menschen zwischen Ost und West.
- 60
- 61 • Junge Werktätige müssen ihre Heimat verlassen, um eine Chance zu haben, einem un-
62 würdigen Berufsleben im Niedriglohnsektor oder als ALG-II-Aufstocker zu entgehen.
63 Nicht selten wählen sie den Weg in die Bundeswehr, die ihr Leben aufs Spiel setzt für die
64 BRD-Superreichen, die für die Perspektivlosigkeit verantwortlich sind.
- 65
- 66 • Der Osten Deutschlands wird vom westdeutschen Kapitalismus bis heute wie eine kol-
67 loniale Bürokratie und mit Kolonialkommissaren beherrscht. Nicht einmal jede vierte
68 Führungsposition in den östlichen Bundesländern wird von Ostdeutschen besetzt. Dies
69 gilt für Verwaltung, Justiz, Politik und Wirtschaft gleichermaßen. Zum Abräumen der
70 DDR gehörte der Kahlschlag in der ostdeutschen Intelligenz, der anhält und tiefe Spuren
71 hinterlassen hat.
- 72
- 73 • Die Geschichte der Menschen im Osten, die Geschichte des die Völkerfreundschaft
74 fördernden sozialistischen Sozial- und Friedensstaates DDR, wird gezielt und von der
75 Regierung stabsmäßig organisiert verdrängt und verächtlich gemacht – sei es durch den
76 Abriss symbolträchtiger DDR-Architektur, wie dem Palast der Republik, westdeutsche
77 Märchenstunden über die DDR in Gedenkstätten oder die Verwahrlosung antifaschi-
78 tischer Denkmäler – ja überhaupt der Absenkung der Hemmschwelle im gesellschaft-
79 lichen und individuellen Bewusstsein gegenüber Gewalt, Rassismus, Faschismus und
80 Krieg.
- 81
- 82 Angesichts dieser Bilanz, die sich aus dem Profitprinzip des Kapitalismus selbst ergibt, be-
83 zieht die DKP nicht nur für Ostdeutschland folgende Positionen:
- 84
- 85 1. Das Gebot der Stunde heißt: Frieden mit Russland! Weg mit den Sanktionen! Schluss mit
86 der Russophobie! Wir wenden uns dagegen, dass Ostdeutschland als Transitstrecke für
87 US-Truppen Richtung der russischen Grenze missbraucht wird. Wir fordern die sofortige
88 Beendigung der Bundeswehr-Kriegseinsätze und einen sofortigen Rückzug der NATO-
89 Truppenstationierungen an der russischen Grenze. Es hat zu gelten: Von deutschem
90 Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!
- 91
- 92 Wir wenden uns gegen die Aufrüstung der Bundeswehr – aktuell insbesondere gegen jene
93 nach NATO-Kriterien – auf Kosten von notwendigen Investitionen unter anderem zur
94 Bekämpfung des Pflegenotstandes in den Kliniken und des Lehrermangels und für den
95 Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs
- 96
- 97 2. Anhebung der Löhne und Renten in Ost und West jetzt! Schluss mit der entwürdigenden
98 ungleichen Bezahlung der ostdeutschen Werktätigen gegenüber ihren Westkollegen, die
99 zusätzlich als Druckmittel gegen die Beschäftigten im Westen wirkt. Schluss mit den
100 ungleichen Renten und dem Rentenstrafrecht. Bedingungslose Anerkennung aller DDR-
101 Bildungs- und Berufsabschlüsse!
- 102
- 103 3. Wir fordern ein Recht auf Arbeit und die Durchsetzung dieses Rechtes vor Ort! Dazu brau-
104 chen wir den Wiederaufbau einer leistungsfähigen Industrie in staatlicher Hand unter ra-
105 dikal demokratischer Kontrolle, also nicht auf die Interessen des Großkapitals fixiert, die
106 zu spürbarer Reduzierung der im Osten doppelt so hohen Massenarbeitslosigkeit führt
107 und die Abwanderung junger Fachkräfte und ihrer Familien eindämmmt. Keine weiteren
108 Betriebsschließungen! Ursache der gewaltigen Strukturprobleme ist die kapitalistische
109 Grundstruktur selbst.
- 110
- 111 4. Wir fordern die Wiederherstellung der Gleichstellung der Frauen. Dazu gehören gleicher

Verdienst und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten, die flächendeckende Versorgung mit Kindertagesstätten und die Unterstützung von Familien durch zinslose staatliche Kredite. Die Paragraphen 218 und 219 müssen gestrichen werden. Der Internationale Frauentag am 8. März soll ein bundesweiter Feiertag werden.	113 114 115 116 117
5. Die Besetzung von Verwaltung, Justiz, Politik und Wirtschaft in kolonialer Manier durch Westdeutsche Beschäftigte ist zu beenden und durch die gezielte Förderung Ostdeutscher zu ersetzen. Die kolonialen Exzesse haben mit ihrem grenzenlosen Vernichtungswillen ein DDR-Erfahrungskollektiv aus Jung und Alt geschaffen, das die Aufhebung der fremdherrschaftskapitalistischen Produktionsweise als wesentlich betrachtet. Die Stimme dieser Erfahrung - mit der Menschlichkeit im Mittelpunkt - fehlt, um gegen die marktradikalen Konzepte zukunftsfähige Konzepte für Ost und West einzufordern.	118 119 120 121 122 123 124 125
6. Gleiche Bildungschancen für alle! Erfolgreiche Schulbildung und ein Studium dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir fordern eine Bildungsreform, die an dem weltweit anerkannten einheitlichen Schulsystem der DDR anknüpft. Ebenso müssen qualifizierte Berufsausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen eine Ausbildungsumlage zahlen. Nur so können junge Menschen auch eine Perspektive erhalten.	126 127 128 129 130 131 132
7. Einführung einer Reichensteuer für große Vermögen, von Steuern auf Spekulationsgewinne und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Keine Einführung und Rücknahme eines gesetzlichen Sparzwangs durch die Verankerung einer sogenannten Schuldenbremse in die Länderverfassungen! Keine Politik der „schwarzen Null“ als Hintertür für die Verweigerung von Investitionen!	133 134 135 136 137 138
8. Wiedereinführung der unentgeltlichen medizinischen Betreuung sowie der kostenlosen Abgabe von Medikamenten. Schluss mit der kommerziell bedingten Limitierung der medizinischen Betreuung. Errichtung eines Gesundheitswesens, das tatsächlich humanistischen Leitlinien statt Profitinteressen folgt. Rauf mit den Löhnen und dem Personalschlüssel für Pflegekräfte! Gegen jegliche Privatisierung und Schließung von Krankenhäusern. Keine „Zwei-Klassen-Medizin“!	139 140 141 142 143 144 145
9. Schuldenschnitt für die Kommunen und Rücküberführung der kommunalen Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand unter radikal demokratischer Kontrolle – keine Privatisierungen jeglicher Form! Wiederherstellung kostenlos nutzbarer kommunaler Dienstleistungen einschließlich kostenfreien Nahverkehrs. Wohnungsmieten, die nicht zur Verelendung und Ausdünnung der Städte führen! Schluss mit dem Abriss und der Privatisierung der von der DDR errichteten Wohnungen und Gesellschaftsbauten sowie antifaschistischen Gedenkstätten!	146 147 148 149 150 151 152 153
10. Ausbau des Nahverkehrs in der Fläche zur Erhöhung der Mobilität für breite Bevölkerungssteile in der Stadt und im ländlichen Raum, als Beitrag zum Schutz von Gesundheit und Umwelt durch Reduzierung des Autoverkehrs. Güterverkehr muss ab 50 Kilometer von der Straße auf die Schiene verlagert werden.	154 155 156 157 158
11. Verbot aller Organisationen mit faschistischen, rassistischen und ausländerfeindlichen Zielen! Aburteilung und Enteignung ihrer häufig aus Westdeutschland stammenden Hintermänner und Geldgeber entsprechend Art.139 des Grundgesetzes. Konsequente Wiedereinführung antifaschistischer und humanistischer Lehrinhalte an allen Schulen, Hochschulen und Universitäten! Abschaffung des Verfassungsschutzes.	159 160 161 162 163 164
12. Ungehinderte und unverfälschte Verbreitung von DDR-Literatur, -Kunst und -Geschichte! Rehabilitierung aller politischen, militärischen, wissenschaftlichen und kulturellen DDR-Funktionsträger! Schluss mit der Demütigung der DDR-Biografie tausender Werktaatiger – Schluss mit der Hetze gegen den ersten Friedensstaat auf deutschem Boden! Aufhebung der Privilegien, die Kultur nur für Eliten möglich macht.	165 166 167 168 169 170

171 Wir Kommunistinnen und Kommunisten sind uns bewusst, dass es dafür eines langen soli-
172 darischen Widerstandes aller arbeitenden Menschen in Ost und West bedarf. Wir sind uns
173 bewusst, dass diese Forderungen nur gegen den erbitterten Widerstand einer Minderheit
174 von Superreichen in unserem Land durchgesetzt werden können, die über Politiker, Ge-
175 heimdienste, Medien und Polizei verfügen.

176

177 Aber 30 Jahre Kapitalismus in Ostdeutschland haben gezeigt: So wie es ist, kann es nicht
178 bleiben – unsere Solidarität gegen ihre Profite! Wir sagen es ganz unverblümt: Ohne einen
179 neuen sozialistischen Anlauf, ohne die Lösung der Eigentumsfrage und die Lösung der Sys-
180 temfrage wird es keine Perspektive für die Lohnabhängigen und Ausgegrenzten im ganzen
181 Land geben. Dafür gilt es zu kämpfen! Es gibt für die Arbeiterklasse in Deutschland kei-
182 ne Orientierung im Klassenkampf, keine Überwindung ihrer materiellen und ideologischen
183 Schwierigkeiten, ohne die richtige Einschätzung der inneren Zerrissenheit des gesamten
184 Landes – nicht nur in Ost und West - und ohne die richtige Bestimmung ihres Verhältnisses
185 zu Russland und auch zur DDR.